Wildbader Tagblatt

Enztalbote — Wildbader Zeitung

Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.76 RM. — Einzelnummern 10 Pfg. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Häberle & Co., Wildbad. Pforzheimer Gewerbebank Fil. Wildbad. — Postscheckkonto 291 74.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. — Reklamezeile 50 Pfg. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Auskunfterteilung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlaßgewährung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Gack, Wildbad, Wilhelmstraße 86. Telephon 179. — Wohnung: Bismarckstraße 68.

Nummer 4 | Fernruf 179 | Dienstag, den 7. Januar 1930 | Fernruf 179 | 65. Jahrgang.

Der Youngplan

Die Sitzungen der zweiten Haager Konferenz haben am 3. Januar begonnen. Es dürfte von Interesse sein, noch einmal eine Uebersicht zu geben über das Ergebnis der Verhandlungen vom 11. Februar bis 7. Juni 1929 in Paris, über das sich die Sachverständigen geeinigt haben.

Die Zahlungen

Die eigentlichen Reparationszahlungen sind für **37 Jahre** vorgesehen. Sie steigen (ohne die Verzinsung der Dawesanleihe von 800 Millionen GM.) von 1,7 auf 2,4 Milliarden im Jahr an. Dann folgen für **weitere 22 Jahre** Zahlungen von durchschnittlich 1,65 Milliarden Goldmark. Der **Gegenwartswert** (also wenn diese Zahlungen heute an einem Tag bezahlt würden) berechnet sich unter Ansetzung eines Diskonts von 5,5 v. H auf 33,87 Milliarden.

Für die Zahlungen **haftbar** sind der **Reichshaushalt** und die **Reichsbahn**; letztere hat unter Bürgschaft des Reichs bis zum Jahr 1965/66 eine jährliche Tributsteuer von 660 Millionen beizutragen.

Pfänder und Ueberwachung

Die **Reichsbahn** hat bei der Tributbank jährlich eine Bescheinigung über ihre Schuldhaftung von 660 Millionen zu hinterlegen.

Das bisherige Dawes-**Pfandrecht** auf Zölle, Tabak-, Bier-, Zuckersteuer und Branntweinmonopol wird nun so gehandhabt, daß Deutschland auf diese Einnahmen nur mit **Zustimmung der Tributbank** Anleihen aufnehmen darf. Sinken diese Einnahmen unter 150 v. H. der höchsten Zahlen aus dem Reichshaushalt (d. i. 2653 Millionen Mark), so **müssen weitere Reichseinnahmen in das Pfandrecht einbezogen werden.**

Die Ueberwachung übernimmt die Tributbank.

Transfer und Transferschutz

Das Reich leistet die monatlichen Zahlungen **in ausländischer** Währung an die Internationale Bank.

Die Zahlungen zerfallen in einen **ungeschützten** und in einen **geschützten** Teil. Der ungeschützte Teil beträgt 1929/30 701,8 Millionen Mark und sinkt bis 1949/50 auf 675 Millionen Mark, um dann auf 612 Millionen zu verbleiben. Für diese Summen besteht **keinerlei** Transferschutz.

Für den restlichen **geschützten** Teil der Jahreszahlungen kann Deutschland nach 90tägiger Voranmeldung einen **auf höchstens zwei Jahre befristeten Aufschub** erlangen. Die Zahlungen sind während dieses Transferaufschubs in Mark an die Internationale Bank zu leisten. Ist der Transferaufschub ein Jahr in Kraft, so kann Deutschland für ein Jahr auch die Zahlung der Hälfte einer Jahreszahlung aufschieben.

Bei einem Antrag auf Aufschub tritt der **Beratende Sonderausschuß** der Tributbank zusammen, in dem Deutschland vertreten ist, um die Lage zu untersuchen und den beteiligten Regierungen Bericht zu erstatten.

Mobilisierung

Die Internationale Bank kann von Deutschland die Ausstellung **verkäuflicher Schuldverschreibungen** zum Zweck **der Kapitalisierung der ungeschützten Zahlungen** verlangen, wenn die Unterbringung auf dem internationalen Markt ihrer Meinung nach möglich ist. Die Bank **muß** die Ausstellung dieser Schuldverschreibungen verlangen, falls eine Gläubigerregierung im Zusammenhang mit der Konvertierung von Staatsschulden eine innere Begebung deutscher Schuldverschreibungen vorzunehmen wünscht.

Bis zum 31. Oktober 1930 darf Deutschland **Auslandsanleihen nur in beschränktem Maß und nur mit Zustimmung der Gläubigermächte bezw. der Tributbank aufnehmen.** (Daher das Einschreiten des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gegen die — wie nun ersichtlich ist — unzulässige Absicht des Reichsfinanzministers Hilferding in Neuyork eine „Ueberbrückungsanleihe" von 450 Millionen aufzunehmen.)

Die Verbandsschulden

Außer den Reparationszahlungen hat **Deutschland nach dem Youngplan die Schulden der Verbündeten an die Vereinigten Staaten** zu übernehmen, was etwas ganz Neues ist und im Versailler Vertrag und im Dawesplan noch ganz unbekannt war. Diese Zahlungen betragen, wie bereits bemerkt, **durchschnittlich 1,65 Milliarde jährlich auf die Dauer von 22 Jahren.** Der Ueberschuß über die Zahlungen der Verbündeten an die Vereinigten Staaten in den ersten 37 Jahren fällt zum größten Teil an **Frankreich**; die Zahlungen der letzten 22 Jahre, also bis zum 59. Reparationsjahr im Jahr 1987, entsprechen diesen Rückzahlungen. Falls die Vereinigten Staaten einem ihrer Verbandsschuldner einen Schuldennachlaß gewähren — was kaum zu erwarten ist — so soll diese Ermäßigung in den ersten 37 Jahren Deutschland nur zu **zwei Dritteln**, in den letzten 22 Jahren ganz gutgeschrieben werden.

Sachleistungen

Die **Sachleistungen** werden **eingeschränkt** und betragen im ersten Jahr noch 750 Millionen; sie sinken jährlich bis auf 300 Millionen im zehnten Youngjahr, um dann **ganz wegzufallen.** Das war besonders eine Forderung Englands.

Abänderungsmöglichkeit

Wenn Deutschland glaubt, daß seine Währung und Wirtschaft durch die Youngzahlungen, und zwar durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des **aufschiebbaren Teils** (an dem andern ist überhaupt nichts zu ändern) zerrüttet werden, kann es einen Antrag auf Einberufung des Beratenden Sonderausschusses der Tributbank stellen, der die Lage Deutschlands hinsichtlich der Tributverpflichtungen zu untersuchen hat. Der Sonderausschuß kann dann den Gläubigerregierungen und der Bank **Erwägungen** unterbreiten, ob und welche Maßnahmen etwa hinsichtlich der Anwendung des Youngplans ergriffen werden sollen.

Neue Belastung des Youngplans

Haag, 6. Jan. Die Hauptverhandlungen werden zurzeit im **Finanzausschuß** geführt, und der Sanktionslärm wird von den Franzosen hauptsächlich deshalb aufgerührt, um die Aufmerksamkeit von dem Hauptpunkt abzulenken, bei dem es sich um **weitere Millionen** handelt. **Nämlich um die Frage, ob die Tributzahlungen am Monatsanfang oder am Monatsende zu leisten sind.**

Sollte Deutschland am ersten des Monats zahlen müssen, so würde das für die ersten 37 Jahre im Durchschnitt eine zusätzliche Leistung von zehn Millionen Mark jährlich ergeben, bei einer Zahlung am 15. jedes Monats eine solche von fünf Millionen Mark. Das würde im ersteren Fall einem Gegenwartswert von 150 Millionen Mark, im zweiten einem solchen von 75 Millionen Mark gleichkommen. Eine Summe in der Höhe von ungefähr der Hälfte der Leistungen, die Deutschland durch das **deutsch-belgische Markabkommen** auf sich genommen hat, steht bei diesen Verhandlungen als **zusätzliche** Leistung für Deutschland auf dem Spiel.

Die Deutschen bekämpften auch den „Kompromißvorschlag", daß die Zahlungen am 15. jedes Monats geleistet werden sollen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius machte am Samstag Briand einen Besuch, um ihm zu versichern, daß er durchaus **die Politik Stresemanns fortsetzen** werde.

*

In der deutschen Abordnung ist man überzeugt, daß auch die zweite Haager Konferenz, ehe sie zu Ende kommt, eine **Krise** durchzumachen haben wird. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat denn auch bereits **zwei Haushaltspläne vorbereiten lassen; den einen für den Fall der Annahme des Youngplans, den andern für den Fall seines Scheiterns.**

Auf jeden Fall muß das Erpresserspiel mit den „paar Millionen" und immer wieder den paar Millionen endlich einmal ein Ende finden.

Die **Polen** bemühen sich, Einfluß auf die deutschen Reparationen zu gewinnen, und sie werden dabei von französischer Seite begünstigt.

Die Sanktionen im Youngplan

Paris, 6. Jan. Dem „Matin" wird aus dem Haag berichtet, die deutsche Abordnung lehne die Aufnahme von Strafmaßnahmen in den Youngplan ab, weil dadurch von vornherein ein Mißtrauen gegen Deutschland hervorgerufen, innen- und außenpolitische Schwierigkeiten geschaffen und Anleihe- oder sonstige Finanzunternehmungen Deutschlands erschwert werden. Dagegen sagt der „Matin", es sei „schon gar nicht so schlimm". In Deutschland müsse man begreifen, daß Frankreich „nur an die Notwendigkeit eines vertragsgesicherten Beitreibungsverfahrens" denke, wie es immer im Geschäftsverkehr üblich gewesen sei. — Also etwa Zwangsvollstreckung und Konkursverfahren.

Man muß daran erinnern, daß Briand in der französischen Kammer eine **sehr verdächtige Aeußerung** getan hat: **im Fall eines böswilligen Versagens der deutschen Zahlungen habe Frankreich das Recht, das Rheinland wieder zu besetzen.** Im Haag wird jetzt versucht, **durch politische Machenschaften ein Organ zu schaffen, auf das gewisse Befugnisse der früheren Pariser Entschädigungskommission übertragen werden. Das würde aber eine offenkundige Verfälschung des Sachverständigengutachtens bedeuten.**

Nach einer Londoner Meldung soll der englische Schatzkanzler Snowden im Haag erklärt haben, er habe an dem Streit um die Sanktionen „kein Interesse".

Das belgische Markabkommen

Die Erfüllung der belgischen Forderung, daß Deutschland das im Krieg von deutscher Seite in Belgien ausgegebene deutsche Papiergeld in Gold einzulösen habe, ist eine Bedingung des Youngplans. Die deutsche Reichsregierung hat sich demgemäß verpflichtet, **37 Jahre lang je 19,5 Millionen Goldmark, insgesamt 721,5 Millionen,** besonders an Belgien zu bezahlen.

Verschlechterungen durch die erste Haager Konferenz

Da der Youngsche Plan am 1. April 1929 einsetzen sollte, die Dawesschen Zahlungen aber bis 31. August vorgesehen sind, ergab sich für die fünf Uebergangsmonate ein **Zahlungsüberschuß von 300 Millionen Mark.** Dieser Ueberschuß wird zur Befriedigung englischer Mehransprüche herangezogen.

Die **ungeschützte Jahreszahlung** wird auf Kosten der geschützten um 40,5 Millionen Mark im ersten Jahr erhöht, um **England** einen größeren Anteil zukommen zu lassen. Die Erhöhung beträgt im Durchschnitt der ersten 21 Jahre 28,3 Millionen Mark und gleicht sich bei den späteren Zahlungen wieder aus. Sie **erschwert** die Zahlungen **gerade der ersten kritischen Jahre** und erhöht die für eine Mobilisierung zunächst in Frage kommenden Summen.

Deutschland zahlt über die vertragsmäßigen Verpflichtungen hinaus **weitere 30 Millionen Besetzungskosten,** außerdem 6 Millionen Kosten für den **Ueberwachungsapparat des** Dawesplans in der Uebergangszeit und verzichtet obendrein auf Ersatz aller Schäden, die durch die Besatzung angerichtet worden sind.

Deutschland verpflichtet sich, eine Anzahl **Eisenbahnlinien,** Laderampen, Straßen und Brücken im Rheingebiet zu **zerstören.**

Die **Saarfrage** wird von den Reparationen und dem Youngplan **abgetrennt** und Deutschland hat für die inzwischen von den Franzosen im Raubbau ausgebeuteten Kohlenbergwerke im Fall etwaiger Rückgabe an Frankreich besondere Entschädigungen zu zahlen.

Deutschland verzichtet auf die englischen und polnischen **Liquidationsüberschüsse,** die allein von den Polen selbst auf 1,25 Milliarden Goldmark geschätzt werden.

Die Reparationsleistungen bis zum Youngplan

Von Versailles bis zum Ruhreinfall

Prof. Lujo Brentano-München hat auf Grund des amtlichen Materials die von Deutschland bis Ende 1922, also bis zum Ruhreinfall geleisteten Reparationen (von Kriegsentschädigungen konnte man schon damals nicht mehr sprechen) nieder auf **41,6 Milliarden Goldmark** berechnet, darunter liquidiertes Privateigentum 11,7, abgetretene deutsche Forderungen an Verbündete 8,6, Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten 5,0, Handelsflotte 4,7, Kohle- und Kokslieferungen 2,4, Barzahlungen u. a. 1,8 Milliarden Mark. Die Pariser Entschädigungskommission drückte die Gesamtsumme auf 7,9 Milliarden herab; das Washingtoner Institute of Economics berechnete sie auf 25,8 Milliarden Goldmark.

Zu den 41,6 Milliarden kommen bis Ende 1923 noch aus Zahlungen an die nicht an der Ruhrbesetzung beteiligten Mächte und aus den Ueberschüssen der **Zwangslieferungen** aus dem Ruhrkampf noch 1,5 Milliarden. **Die nach dem Versailler Vertrag anrechenbaren deutschen Reparationsleistungen vor dem Dawesplan beziffern sich also auf 43,1 Milliarden.**

Die Daweszahlungen

Nach dem Londoner Abkommen vom 16. August 1924 (Dawesplan) erhielt Deutschland zunächst eine **Reparationsanleihe** von 800 Millionen Goldmark, um seinen Haushalt wieder in Ordnung zu bringen und „die Wirtschaft anzukurbeln". Die **Daweszahlungen** begannen mit einer Milliarde und stiegen bis zum fünften Jahr 1928/29 auf 2,5 Milliarden. In den fünf Jahren wurden insgesamt **7970 Millionen Goldmark** an den Feindbund abgeführt. **Seit Versailles bis zum 31. August 1929 hat Deutschland also Reparationen in Höhe von 51,07 Milliarden Goldmark geleistet.**

Damit wären die Kriegsschäden des Feindbunds bei weitem abgedeckt.

Die **weiter** im Youngplan auferlegten 113 Milliarden sind somit eine reine **Erpressung.** Und dabei hat Wilson einst in seinen berüchtigten 14 Punkten Deutschland zum Waffenstillstand verlockt mit der Beteuerung, es solle keine Kriegsentschädigungen geben.

Kaufe gleich - zahle in Raten im Bekleidungshaus Chr. Schmid & Sohn
Sport- und Modeartikel / Bei Barzahlung 5% Rabatt für Bekleidung

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Schluß mit der Bankerottwirtschaft

Das Januarheft der „Deutschen Juristen-Zeitung" wird durch eine Abhandlung des Finanzministers a. D. Professor Dr. v. Pistorius (Stuttgart) eingeleitet, die allgemeine Beachtung verdient. Sie erörtert die deutschen Finanzen und die Reichsfinanzreform, beleuchtet beides durch charakteristische Zahlen und betont die zwingende Notwendigkeit, durch Einschränkung der öffentlichen Ausgaben die Kapitalbildung als das gegenwärtig einzigen Heilmittels zur Beseitigung unserer nationalen „Bankerottwirtschaft" zu ermöglichen. Von Pistorius knüpft dabei an den dauernden Rückgang des deutschen Volksvermögens an. Er schreibt:

„Von 350 bis 400 Milliarden vor dem Krieg werden noch annähernd 150 vorhanden sein. Das geht nun so Jahr um Jahr schon seit 15 Jahren. Zu den schweren unmittelbaren Güterverlusten während des Kriegs und zu dem Wegfall der Forderungen gegen das Ausland trat der Verlust fast des gesamten deutschen Gläubigervermögens infolge der Inflation. Nebenher läuft eine regelmäßig passive Handelsbilanz, deren Abmangel zwar in der letzten Zeit etwas kleiner geworden, aber im Durchschnitt der letzten 15 Jahre auf mindestens 2 Milliarden im Jahr anzusetzen ist. Dazu Dawes-Zahlungen, wenigstens zunächst noch mit 2,5 Milliarden, und Zinszahlungen an das Ausland mit jährlich mindestens 1 Milliarde, gibt zusammen einen jährlichen laufenden Abmangel von 6 Milliarden, der auch fernerhin nur aus dem Vermögen gedeckt werden kann, sofern es nicht gelingt, die bezeichneten Ausgaben (der öffentlichen Hand) zu beseitigen."

Ueber den Umfang, den diese Ausgaben in Deutschland angenommen haben, macht von Pistorius folgende Angaben:

„Die öffentlichen Ausgaben Deutschlands — Reich, Länder und Gemeinden zusammen — haben vor dem Krieg etwas über 7 Milliarden betragen oder rund 8 Prozent des Volkseinkommens. Jetzt, 1929, betragen die Gesamtausgaben 18 Milliarden oder rund 30 Prozent des Volkseinkommens. Zu den 18 Milliarden öffentlichem Aufwand kommen noch die Sozialkasten, die man je nach der Berechnungsweise mit 5—7 Milliarden für das Jahr ansetzen kann gegen 1 Milliarde vor dem Krieg. Und wenn man die öffentliche Hand im weiteren Sinn des Worts begreift, kann man 50 Prozent und mehr des heutigen Volkseinkommens . . . als „politisch bestimmt" annehmen."

Solcher Entwicklung gegenüber läßt von Pistorius den Einwand der „Zwangsläufigkeit" der Ausgaben nicht gelten. Er besteht, ohne sich über die ernsten wirtschaftlichen und politischen Folgen im unklaren zu befinden, auf durchgreifenden Einschränkungen, damit der jetzigen „Bankerottwirtschaft" ein Ende gemacht und die Kapitalbildung ermöglicht werden kann. „Durch diese", fährt von Pistorius fort, „zur absetzbaren Ausfuhrgütererzeugung, Aktivierung der Handelsbilanz und Schuldenabdeckung und dann erst allmählich mit der Erholung unserer Wirtschaft zur Wiederausdehnung des inneren Verbrauchs auf dem Wege der kollektivistischen Bedürfnisbefriedigung."

Die Realsteuerbelastung in Deutschland und in Württemberg

Für die drei Rechnungsjahre 1926, 1927 und 1928 liegen jetzt die Zusammenstellungen der Steuereinnahmen aller deutschen Länder und ihrer Gemeinden vor. Für Württemberg ist diese Reichsfinanzstatistik von besonderem Interesse, da bekanntlich mit Wirkung vom Jahr 1927 an die Staatssteuer gesenkt wurde. Setzt man das Steueraufkommen des Jahrs 1926 gleich 100 (Staat und Gemeinden zusammen), so ergibt sich folgende Entwicklung: Grund- und Gebäudesteuer 1927 Reichsdurchschnitt 109,43, Württemberg 95,98 (1928: 114,35 bezw. 96,14), Gewerbesteuer 1927 Reichsdurchschnitt 125,14, Württemberg 107,62 (1928: 141,23 bezw. 113,76), Gebäudeentschuldungssteuer 1927 Reichsdurchschnitt 110,84, Württemberg 128,35 (1928: 111,74 bzw. 132,21), Durchschnitt der drei Steuern Reichsdurchschnitt 113,3, Württemberg 105,7 (1928: 118,42 bezw. 108,31.

Hierzu bemerken die Mitteilungen des Württ. Stat. Landesamts: Der wesentliche Grund für die abweichende Entwicklung des Realsteueraufkommens in Württemberg im Vergleich zum Reichsdurchschnitt ist darin zu sehen, daß Württemberg im Jahr 1927 auf Grund der Bestimmung im Finanzausgleichgesetz die Realsteuern tatsächlich im Gegensatz zu fast allen anderen deutschen Ländern gesenkt hat. Das Steuervereinheitlichungsgesetz, das in seiner heutigen Form die Vorzüge der württembergischen Regelung nicht übernimmt, kann nicht als ein Fortschritt angesehen werden. Die eingangs genannten Steuern bilden das Kernstück der landeseigenen Steuern, die erbringen zusammen 87 Prozent aller landeseigenen Steuern. Württembergs Anteil (immer Staat und Gemeinden zusammen gerechnet) an den gesamten Aufkommen der genannten Steuern im Reich ist von 4,11 Prozent im Jahr 1926 auf 3,76 im Jahr 1928 gesunken und ist daher geringer als der württembergische Anteil an der Gesamtbevölkerung oder Fläche des Deutschen Reichs und zugleich geringer als der württembergische Anteil an dem für das ganze Reich zur Einkommen- bzw. Vermögenssteuer veranlagten Einkommen bezw. Vermögen. Es ist also nicht richtig, daß die so oft behauptete Benachteiligung der Gemeinden bei der Steuerverteilung zwischen Staat und Gemeinden zu einer ungewöhnlichen Anspannung der Realsteuern in Württemberg geführt hat. Wer der nicht unberechtigen Auffassung ist, daß die Belastung durch Landes- und Gemeindesteuern auch in Württemberg noch zu hoch ist, der muß schon die Forderung erheben, daß die Aufgaben von Staat und Gemeinden eingeschränkt werden. Mit einer bloßen Verwaltungsreform i. S. einer Aenderung der Form der Verwaltung ohne Beschränkung der Ausgaben der Verwaltung ist in Württemberg vielleicht noch weniger als anderwärts eine namhafte Ersparnis möglich. Richtig ist an den Vorwürfen gegen den württ. Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden, daß der Staat von den Reichssteuerüberweisungen einen größeren Anteil für sich behält, dafür aber überläßt der Staat den Gemeinden die Realsteuern in größerem Umfang als anderwärts. Das es sich dabei um gleichwertige Beträge handelt, beweist der Umstand, daß der Gesamtlandesanteil an Einkommen- und Körperschaftssteuern ungefähr ebenso hoch ist, wie das Gesamtaufkommen an Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern für Staat und Gemeinden.

Die württ. Regelung hat die Folge, daß die Gemeinden in größerem Umfang als vielleicht in anderen Ländern genötigt sind, die zur Deckung ihrer Ausgaben erforderlichen Einnahmen selbst zu beschließen. Bei der Struktur der württ. Volkswirtschaft — weitaus überwiegender Kleinbesitz beim Grundvermögen, große Anzahl kleiner Gewerbebetriebe — und bei dem Aufbau der württ. Realsteuern, die auch den kleinsten Grundbesitz und Gewerbebetrieb erfassen, also die Steuerlast auf möglichst weite Kreise der Bevölkerung verteilen, führt dies dazu, daß in sehr vielen Gemeinden die Realsteuerpflichtigen mit ihren Angehörigen die Mehrzahl der Bevölkerung ausmachen und deshalb der Widerstand gegen Steuererhöhungen in den Gemeinden sehr stark ist. Dies mag nicht selten die Führung der Gemeindeverwaltung erschweren, der starke Zwang zu einer manchmal vielleicht kleinlich anmutenden Sparsamkeit ist aber bei der heutigen Lage Deutschlands im Interesse einer gesunden Finanzgebarung nötig, und dient damit dem Volksganzen; es ist nicht von ungefähr, daß Württemberg zu den Ländern mit der geringsten Arbeitslosenziffer gehört.

Neue Nachrichten

Kirchenpolitische Verhandlungen

Berlin, 4. Jan. Das Gruppenkommando 1 der Reichswehr ist aus dem bisherigen Gebäude in der Behrenstraße weggelegt worden, da das Gebäude als Wohnsitz für den neuen Bischof von Berlin in Aussicht genommen ist. Es schweben noch Verhandlungen darüber, ob das Gebäude von der preußischen Regierung mietweise oder durch Kauf abgetreten wird.

Die Verhandlungen der preußischen Regierung mit den evangelischen Landeskirchen sind erneut unterbrochen worden. Auf kirchlicher Seite ist man überrascht, ein wie geringes finanzielles Angebot die Regierung gemacht hat. Selbst in Zentrumskreisen hat das Regierungsangebot befremdet.

Vatikanische Auszeichnung für Prälat Kaas

Trier, 5. Jan. Papst Pius XI. hat auf Antrag des Kardinals Pacelli dem Vorsitzenden der deutschen Zentrumspartei, Prälaten Dr. Kaas, die Würde eines apostolischen Protonotars ad Instar Participantium (Wirklicher Ehrenprotonotar) verliehen. Die Auszeichnung erfolgte wegen der ganz besonderen Verdienste, die sich Dr. Kaas bei den schwierigen Vorarbeiten um das Zustandekommen des preußischen Konkordats erworben hat.

Acht dunkle Punkte der Haager Konferenz

Paris, 5. Jan. Im „Echo de Paris" schreibt Pertinax, acht dunkle Punkte werden der Haager Konferenz Schwierigkeiten bereiten können: 1. der Widerstand Ungarns, der den Kleinen Verband veranlassen könnte, das Haager Abkommen nicht zu unterzeichnen, 2. eine etwaige Abneigung Deutschlands gegen die Aufnahme von Sanktionen in den Youngplan; 3. die Herausgabe der Liquidationsüberschüsse (wobei Frankreich für deutsche Liquidationen in Lothringen und Marokko in Betracht kommt; 4. die berüchtigte Optantenfrage zwischen Ungarn und Rumänien; 5. der Verzicht Deutschlands auf seine Forderungen gegen seine früheren Verbündeten Oesterreich-Ungarn und Bulgarien; 6. die Frage der Ausdehnung der Selbständigkeit der Reichsbahn (als Gesellschaft) bis 1966; 7. die nach der Ansicht des Pertinax zu weit gehende Unabhängigkeit der Tributbank; 8. die etwaige Ergänzung des Youngplans, die durch das deutsch-amerikanische Abkommen der unmittelbaren Zahlungen an Amerika nötig werden könne.

Aegyptische Krise im Frühjahr

London, 4. Jan. Der „Daily Expreß" meldet aus Aegypten, die Lage dort ist als sehr ernst anzusehen. Die Vorgänge in Indien haben auf die Aegypter stark eingewirkt. Die radikalen Elemente seien der Ansicht, daß England mit Indien alle Hände voll zu tun haben werden, und daß man mit Gewalthandlungen England gegenüber weiter komme als mit Verträgen. Der Berichterstatter glaubt, daß im Frühjahr in Aegypten ernste Ereignisse eintreten werden; schon jetzt sei es gefährlich, sich in die weitere Umgebung von Kairo hinauszuwagen.

Württemberg

Stuttgart, 5. Januar.

Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Die Kosten der Militärversorgung im Jahr 1928/29 haben den Voranschlag des Reichshaushaltplans um 70,5 Millionen RM. überschritten. Der Voranschlag sah Ausgaben in Höhe von 1675 Mill. RM. vor, tatsächlich wurden 1745,8 Mill. RM. verausgabt. An der Ueberschreitung des Voranschlags sind die Renten und Zusatzrenten, wie sie laufend gezahlt werden, nicht beteiligt; die starke Zunahme der Zahl der Kriegsbeschädigten erforderte eine Mehrausgabe von 11,8 Mill. RM. Dieser Mehrausgabe stand bei den Kriegshinterbliebenen, obwohl auch hier bei einzelnen Gruppen eine Zunahme der Zahl und damit eine erhöhte Ausgabe eintrat, durch die Verminderung der Zahl der versorgten Waisen eine Einsparung von 33,2 Mill. RM. gegenüber. Bei den laufend gezahlten Renten und Zusatzrenten wurde, wenn man die Bezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zusammenfaßt, eine Einsparung von rund 21 Mill. RM. erzielt. Dagegen beanspruchen die einmaligen Zahlungen an Renten und Zusatzrenten in der Form von Nachzahlungen für die rückliegende Zeit bei den Kriegsbeschädigten eine Ausgabe von 51,6 Mill. RM. und bei den Kriegshinterbliebenen eine solche von 39 Mill. RM. Auch durch das Heilverfahren sind nicht unerhebliche Mehrausgaben entstanden.

Stuttgart, 6 Jan. Staatsbeiträge an Wasserversorgungsgruppen. Im Staatshaushaltplan für 1930 sind folgende Staatsbeiträge an Wasserversorgungsgruppen vorgesehen: Ammertal-Schönbuch vierter Teilbetrag 60 000 RM., Baar zweiter und letzter Teilbetrag 31 000 RM., Bussen zweiter Teilbetrag 31 000 RM., oberer Neckar zweiter Teilbetrag 30 000 RM., Bühlertal erster Teilbetrag 30 000 RM., Brettach erster Teilbetrag 25 000 Reichsmark, Teck erster Teilbetrag 45 000 RM., Federsee 15 000 RM.

Aus dem Barkeileben. Am 5. und 6. Januar fand hier

Adolf Stern, das Spezialgeschäft der großen Auswahl, der billigen Preise für Herren-, Jünglings- und Knaben-Konfektion. Bekleidung für den Wintersport. **Wilhelmstr. 11.**

Schicksale kommen vom Himmel

Roman von Christine Ruhland

66. Fortsetzung. (Nachdruck verboten)

„So geht das Tag für Tag," sagte der Bahnhofsvorsteher zu Ernst Wolfram. „Ihre kleine Kusine wird schwerlich abreisen können."

Da nahm Ernst das liebe Mädchen glückselig wieder mit nach Wipperoda.

Nun erst kam es ihm zum Bewußtsein, daß doch irgendeine Gefahr in der Luft schwebe, da man die Kleine so plötzlich heimrufen wollte.

„Ein Krieg," dachte er. „Sollte ein Krieg im Anzuge sein? O, den wird unser Kaiser sicher zu verhindern suchen. Aber, wenn er doch nicht aufzuhalten wäre? Ja, dann müßte auch ich mich in den Dienst des Vaterlandes stellen. Gott mag es verhüten. Auf Menschen zu schießen, würde mir entsetzlich sein."

Eine halbe Wegstunde von Wipperoda holte Ernst die Fremde mit ihrem Gepäck ein. Sie war mühsam weiter gewandert. Er hielt an, um sie mit sich zu nehmen.

„Wohin wollen Sie wandern?"

„Auf das nächste Dorf."

„Das ist Wipperoda, dahin fahre ich auch."

Er schickte sich an, ihr Gepäck aufzuladen.

„Ja, dafür bin ich Ihnen dankbar, aber ich selbst möchte nicht mitfahren. Wo kann ich mir die Sachen abholen?"

Ernst hatte sie schon verstaut.

„Im Mühlgut," sagte er.

Da huschten Flammen über das Gesicht der Fremden, schwerfällig, langsam folgte sie dem dahinrollenden Wagen.

Mit Frau Lauterbach ging es zu Ende.

Langsam erlosch in ihrem Hirn ein Licht nach dem anderen. Ihre Sprache war unverständlich, nur noch ein Lallen, aber noch immer brannte die Sehnsucht in ihren Augen, die glühende Sehnsucht nach Anita. Immer wieder versuchten die trockenen, heißen Lippen den Namen Anita zu formen.

Christine saß Tag und Nacht an ihrem Bett.

„Herr, mein Gott, laß ein Wunder geschehen, schicke das Kind heim!" betete sie im Herzen ununterbrochen. Selbst wenn sie sich eine Ruhestunde gönnte, ging dieses Gebet mit in ihren Schlummer. Und nun, wo die Kriegsgerüchte sich verstärkten, kam ihr überhaupt kein Schlummer mehr. Da drängte sich in das Beten um Anitas Heimkehr noch ein anderes Flehen zum Allvater:

„Mein Gott und Herr, nimm uns Mütter in deine Arme, wenn wirklich ein Wetter über die Welt hereinbrechen sollte."

Eben hatte Merker ihr wieder berichtet, daß Krieg und Frieden auf des Messers Schneide ständen. Den Kopf in die Hand gestützt, saß sie bleich und überangestrengt auf der Veranda und wartete auf ihren Jungen, der vor länger als einer halben Stunde bereits auf den Hof eingefahren war.

Sie wollte über die Kriegsgerüchte von ihm hören, aber er war wohl erst nach der Mühle gegangen. Nun suchten ihre Augen die Torfahrt, von dort mußte er kommen, ihr Einziger, ihr Teuerstes auf Erden. Es war, als fühle sie erst jetzt, daß dieses Kind ein Teil ihres Herzens war, der nur gewaltsam von ihr gerissen werden sollte.

Da trat scheu und behutsam eine Fremde durch das Tor. Ein Tuch um den Kopf geschlungen, war sie einfach gekleidet, etwa wie eine Hausiererin. Christine erhob sich, neigte den Kopf über die Brüstung der Veranda und schaute ihr entgegen.

Zwei Augenpaare trafen sich. Ein doppelter Ruf erklang über Garten und Hof, und im nächsten Augenblick flog Christine die Steinstufen hinab, um das ihr entgegenfliegende junge Weib in die Arme zu schließen.

„Anita!" — „Christine!"

Herz pochte an Herz. Fest hielten sie sich umfaßt. Kein Laut, kein Wort. Nur ein heißes Aufschluchzen von beiden Seiten. Rings um sie her tiefe Mittagsstille.

Endlich hob Anita, die kleinere von beiden, das tränenüberströmte Antlitz.

„Dieser wunderbare, selige Frieden," sagte sie. „Es ist mir, als sei ich nach vielen Jahren endlich einmal wieder in einem Gotteshaus."

„Komm!" sagte Christine nur und zog sie mit sich nach ihrem Waldschlößchen.

„Zur Mutter möchte ich, mein Herz entlasten. Meine Schuld soll sie mir vergeben!"

Christine fragte nicht: „Woher kommst du?"

„Erst sollst du den Straßenstaub aus deinen Kleidern schütteln und dein Antlitz baden. Mutter darf nicht erschreckt werden, sie ist krank," sagte sie nur.

Anita schluchzte von neuem auf.

„Ich wußte es ja. Ihre Seele hat ja Tag und Nacht zu mir geschrien."

Christine strich der leidenschaftlich Erregten leise über das verstaubte Haar, um dann frisches Quellwasser in die Waschschüssel zu gießen. Sie befanden sich beide allein im Waldschlößchen, und das war gut.

Darauf brachte sie ein Glas Wein und ein Butterbrot.

„So, nun stärke dich erst, und dann zieh' ein helles Kleid an von mir. Eins aus früheren Tagen, das dürfte dir passen. Dein verbrauchtes Dunkelkleid könnte die Mutter erschrecken."

Gehorsam, wie ein Kind, tat es Anita. Langsam in kleinen Schlückchen nahm sie den Wein.

„Wo hast du dein Kind?" fragte bang und zögernd Christine. Sie glaubte mit ihrer Frage eine tiefe Herzenswunde zu berühren.

„Gott sei gedankt, das ist gestorben. Das Kind, um deswillen ich das Elternhaus verlassen mußte, hat die Vorsehung frühzeitig heimgerufen. Ein Mägdlein war es. Ottilie hatte ich es getauft."

Fortsetzung folgt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

der herkömmliche Landesvertretertag und die Landesversammlung der Deutsch-demokratischen Partei Württembergs statt. Geheimrat Bruckmann-Heilbronn wurde wieder zum 1. Vorsitzenden gewählt. Weiterer Bericht folgt.

Geflügelausstellung. In der Gewerbehalle wurde am Samstag eine reichbeschickte Geflügelausstellung des Verbands württ. Geflügelzucht- und Vogelschutzvereine durch den Verbandsvorsitzenden Roller-Balingen eröffnet.

Gegen die Biersteuererhöhung wird der Landesverband der Wirte Württembergs im Januar eine Einspruchskundgebung in Stuttgart abhalten.

Stuttgart, 5. Jan. Amtliches Ergebnis des Volksbegehrens über das „Freiheitsgesetz". In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Abstimmungsausschusses wurde vom Abstimmungsleiter, Ministerialrat Kiefer, das amtliche Ergebnis im Stimmkreis 31 über den Volksentscheid „Freiheitsgesetz" bekanntgegeben. Darnach ist das endgültige Ergebnis folgendes: Stimmberechtigte 1 748 979 (vorl. Ergebnis 1 747 934), Stimmscheine 1849 (2001), ungültige Stimmen 1535 (1530), gültige Stimmen 207 841 (207 837), Ja-Stimmen 202 507 (202 504), Nein-Stimmen 5334 (5333).

*

Undingen OA. Reutlingen, 5. Jan. Schwerer Unfall. Gipser Jakob Rein wurde beim Holzmachen auf Markung Gönningen von einem herabfallenden dürren Ast so unglücklich auf den Kopf getroffen, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt.

Feldstetten OA. Münsingen, 5. Jan. Einbruch. Nachts stattete ein Einbrecher dem Haus des Kaufmanns Karl Reiher einen Besuch ab. Er erbeutete aus der Ladenkasse etwa 100 Mark.

Tübingen, 6. Jan. Neue Kraftpostlinie. Der Vertrag mit der Oberpostdirektion über den Betrieb einer Kraftpostlinie Tübingen—Nürtingen mit Seitenlinien Walddorf—Altenburg und Bempflingen—Neckartenzlingen ist vorbehältlich der Zustimmung der Amtsversammlung unterzeichnet worden.

Biberach, 6. Jan. Todesfall. Studiendirektor Dr. Alfons Knapp ist im Alter von 47 Jahren unerwartet im Bezirkskrankenhaus verschieden. Der Verstorbene war Vorstand der höheren Knabenschulen in Biberach.

Vom Bodensee, 6. Jan. 5000 Flaschen gefälschter Sekt. In Konstanz hatte ein Gastwirt 5000 Flaschen Sekt gekauft, wobei er für die Flasche 2 Mark bezahlte, in seiner Wirtschaft aber 6.50—8.50 Mark verlangte. Die Weinkontrolle stellte fest, daß der angebliche Champagner auch chemische Bestandteile enthielt. Wegen Vergehens gegen das Weingesetz wurde der Wirt zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt, die noch vorhandenen 3614 Flaschen Sekt wurden gerichtlich eingezogen.

Ulm, 5. Jan. Eingehender „Ulmer Abendpost". Die demokratische „Ulmer Abendpost" teilte in der letzten Nummer des Jahrs 1929 ihren Lesern folgendes mit: „Mit dem heutigen Tage stellt die „Ulmer Abendpost" ihr Erscheinen ein. Der „Söflinger Anzeiger" erscheint ohne jegliche parteipolitische Einstellung weiter."

Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz. Vor dem großen Schöffengericht Ulm standen der Landwirt Dorner aus Möhringen OA. Riedlingen und der Taglöhner Mayer in dem Nachbarort Uhlingen wegen Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz. Dorner bezog mit oberamtlicher Erlaubnis 25 Pfund Sprengstoff und eine Anzahl Sprengkapseln zum Sprengen von Stockholz im Wald. Da er nicht alles benötigte, überließ er im Frühjahr 1928 den Rest der Sprengmunition für 12 M dem Mayer, der damit ebenfalls Stockholzsprengungen im Wald vornahm. Das Schöffengericht verurteilte beide Angeklagte zu der gesetzlichen Mindeststrafe von je drei Monaten Gefängnis, ihnen anheimstellend, durch ein Gnadengesuch vielleicht Umwandlung der Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe zu erreichen.

Waldsee, 5. Nov. Bautätigkeit. Im Baujahr 1929 wurden 22 neue Wohnungen verfügbar und neun Einfamilienhäuser erstellt. Die Wohnungsnot ist im großen ganzen behoben. In den letzten 10 Jahren wurden in hiesiger Stadt, deren Einwohnerzahl um etwa 500 zugenommen hat, 136 neue Wohnungen durch Neu-, Ein- und Umbau gewonnen; 21 alte Wohnungen gingen ein, weshalb die reine Wohnungszunahme 115 beträgt.

Vom bayerischen Allgäu, 5. Jan. Bestrafte Einbrecher. Der 21jährige Bäcker August Ruff und der 25jährige Bergmann Josef Holl, die das große Jägerhaus am Hörnle im Kleinen Walsertal erbrochen und Gegenstände im Wert von 400 RM. gestohlen hatten, wurden zu 10 bezw. 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Amtliche Dienstnachrichten

Uebertragen: Je eine Studienratstelle mit neusprachlichem Lehrauftrag an der Mädchenrealschule in Ludwigsburg dem Studienassessor Dr. Heugel am Realgymnasium und der Oberrealschule in Gmünd, und an der Oberrealschule in Ravensburg dem Studienassessor Renkenberger an dieser Schule, sowie die Reallehrerstelle an der Realschule in Weinsberg dem Oberlehrer (Reallehrer) Ehmann an der evang. Mittelschule in Metzingen; je eine Lehrstelle an der kath. Volksschule in: Bösingen OA. Rottweil dem Lehrer Alfons Schwinghammer in Mittelbuch OA. Biberach; Engerazhofen OA. Leutkirch dem Schulamtsverweser Josef Eisele in Hochberg OA. Saulgau; Eriskirch OA. Tettnang dem Hauptlehrer Leute in Aufhausen OA. Neresheim; Jettkofen OA. Saulgau dem Lehrer Hermann Schuler in Mengen OA. Saulgau; Neckarsulm dem Hauptlehrer Borner in Flochberg OA. Neresheim; Osterhofen OA. Waldsee dem Hauptlehrer Schlegel in Moosheim OA. Saulgau; Vogt OA. Ravensburg der Hauptlehrerin Holzer in Schechingen OA. Aalen; dem Hauptlehrer Schmid an der kath. Volksschule in Wangen i. A. eine Seminaroberlehrerstelle der Gruppe 6 an der kath. Lehrerbildungsanstalt in Rottweil.

In den Ruhestand versetzt: Studienrat Dr. Niklaus an dem Gymnasium in Rottweil; Oberlehrer Mack an der kath. Volksschule in Ulm.

Der Württ. Staatshaushaltsplan für 1930

Stuttgart, 5. Januar.

Der dem württ. Landtag gestern zugegangene Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1930 sieht an Gesamtausgaben 256,2 Millionen, an Gesamteinnahmen einschließlich eines Zuschusses aus der Restverwaltung mit 4,8 Millionen insgesamt 246,7 Millionen RM. vor, woraus sich ein Abmangel von 9,5 Millionen ergibt. Der neue Staatshaushaltsplan bedeutet gegenüber dem von 1929 eine Verbesserung um 4,2 Millionen, obwohl sich im ordentlichen Dienst unvermeidbar die persönlichen Gesamtausgaben um 1,1 auf 154,3 Millionen erhöht haben. Die sachlichen und vermischten Gesamtausgaben beziffern sich auf 101,9 Mill. RM. gegenüber 104,1 des vorjährigen Entwurfs bzw. 104,6 des verabschiedeten Plans. Das Verhältnis zwischen persönlichen und sachlichen Ausgaben ist wie im Vorjahr etwa 60:40.

Die Verminderung der Reinausgaben beim Staatsbedarf beträgt 2,6 Millionen. Sie verteilt sich, von der Wirtschaftsverwaltung abgesehen, auf alle größeren Verwaltungszweige. Die Vermehrung der Reineinnahmen bei den Deckungsmitteln beträgt 1,6 Millionen. Bei der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer werden 350 000 RM. mehr Eingänge erwartet, da die Gebäude- und Gewerbekataster etwas höher als im Vorjahr angenommen werden dürfen. Bei der Gebäudeentschuldungssteuer wird mit einem Rückgang des Aufkommens von 180 000 RM. gerechnet, wovon 80 000 RM. den Staatshaushalt angehen. Die Kraftfahrzeugsteuer ist mit einem Mehr von 1,2 Millionen eingestellt. Im Kapitel Domänen fallen 10 000 RM. Mehreinnahmne an, namentlich wegen Einsparung von Personal, für die Forstverwaltung werden 15 000 RM. (i. Vorjahr 20 000 RM.) vorgesehen für die Beschaffung weiterer Dienstkraftwagen. Die Staatslotterie wird 100 000 RM. mehr der Staatskasse zuführen, weil die Rücklage von 20 auf 10 v. H. ermäßigt ist. Im übrigen liegen bei den Deckungsmitteln nennenswerte Aenderungen gegenüber 1929 nicht vor.

Beim Landtag ergibt sich ein Wenigerbedarf von 24 000 M. Die Justizverwaltung schließt ab mit einem Bedarf von 15 495 150 M (i. V. 15 657 900 M). Bei den Gerichten werden etwa 80 000 M durch organisatorische Maßnahmen im Kassenwesen eingespart.

Der Zuschuß der Innenverwaltung beträgt 39 972 230 M (42 395 380 M). Beiträge sind vorgesehen an Gemeinden zur Ausführung von Anlagen zur unschädlichen Abwasserbeseitigung, zum Bau einer Kläranlage für die Schmiechatalgemeinden Ebingen, Tailfingen, Truchtelfingen und Onstmettingen. Bei den Straßenbau-, Umbau- und Unterhaltungskosten konnten die Ausgaben gesenkt werden. Beiträge sind weiter neu aufgenommen für die Bühlertal-, Breitachtal-, Teck- und Federseewasserversorgungsgruppe.

Wybert
bei Husten, Heiserkeit, Katarrh
1.25 0.70

Die Kultverwaltung erfordert an Ausgaben 55 557 339 M (i. V. 55 782 289 M). Von den drei Hochschulen hat insbesondere die Technische einen nicht unbeträchtlichen Mehrbedarf an wissenschaftlichen und sonstigen Hilfskräften infolge vermehrten Zugangs von Studierenden. Die bisherige Professur für Luftfahrt und Kraftfahrwesen ist in zwei ordentliche Professuren aufgeteilt worden. 125 000 M sind erforderlich für die Errichtung einer Forschungsanstalt für Flugzeugkonstruktionen. Stuttgart leistet hiezu einen Beitrag von 70 000 M. Die Pläne der Verlegung der Technischen Hochschule haben im Etat keinen Niederschlag gefunden, da die Verhandlungen noch schweben und die Antwort Stuttgarts noch aussteht. Die Gewerbe- und Handelsschulen erfordern 60 neue unständige Lehrer, die Lehrerbildungsanstalten 8 weitere unständige Lehrkräfte, die Volksschulen 80 neue unständige Lehrer und 15 Lehrerinnenstellen. Die Gesamtbeiträge für Privatschulen betragen 128 000 M. Die Neuordnung und Neuaufstellung der Landeskunstsammlungen wird im Planjahr 1930 fortgesetzt. Hiefür sind Aufwendungen in Höhe von 60 000 M erforderlich.

Die Finanz-Verwaltung benötigt 12 957 000 (13 111 400) RM. Für die Erweiterung der Aula und der Chirurgischen Klinik in Tübingen sind dritte Teilbeträge vorgesehen. Mit dem Neubau kann voraussichtlich in diesem Frühjahr begonnen werden. Mit dem dritten Teilbetrag wären 2,5 Millionen verabschiedet. Die Gesamtsumme beläuft sich auf 5,1 Millionen. Für den zweiten Ausbau des Fernheizwerks in Tübingen mit Rohrnetz, für die Garagen, die Erstellung eines Schornsteins, für Hochspannungsanschluß, Spezialkohlenwagen mit Transportanlage für die Wäscherei belaufen sich die Kosten auf 550 000 RM. Der Hörsaal der Nervenklinik und die Klinikküche sollen für 140 000 RM. erweitert werden. Die bauliche Instandsetzung des Museums der bildenden Künste in Stuttgart erfordert 260 000 RM., die Erweiterung des Landesgefängnisses Hall mit Wirtschaftsgebäude 400 000 RM. Zur Beseitigung der Raumnot beim Gerichtsgefängnis Stuttgart 1 sind 170 000 RM. vorgesehen. Die Oekonomiegebäude beim Landesgefängnis Rottenburg sollen für 110 000 RM. erweitert werden. Bei den Heilanstalten herrscht dringender Platzmangel. Schussenried erfordert 270 000 RM., Weissenau für einen Krankenpavillon mit 70 Betten 550 000 RM. Später sollen dort drei weitere Krankenpavillons errichtet werden. Ein Neubau für das staatliche Polizeiamt Schramberg erfordert 90 000 RM. Für die Erweiterung der Landesversuchsanstalt für landw. Chemie in Hohenheim läuft eine Nachforderung von 65 000 RM. Die Mittel für die Beschaffung weiterer Staatsbeamtenwohnungen konnten um 300 000 RM. auf 800 000 RM. ermäßigt werden.

Bei der Wirtschaftsverwaltung ist der Gesamtbedarf auf 9 464 800 (9 055 600) RM. veranschlagt. Vorgesehen sind Staatsbeiträge für Bachverbesserungen und Wiesenentwässerungen zur Bekämpfung der Leberegelseuche, Beiträge für Notstandsarbeiten in Unwettergegenden. Das Technikum für Textilindustrie in Reutlingen erhält zu seinem 75jährigen Jubiläum einen Staatsbetrag von 75 000 RM. zum weiteren Ausbau der Anstalt. Der Anteil des Staats an der Sozialen Fürsorge, der 1929 von ein Viertel auf ein Drittel erhöht worden ist, wird heuer einen Mehraufwand von wenigstens 200 000 RM. ausmachen.

Lokales.

Wildbad, den 7. Januar 1930.

Film-Vorführung. Am Donnerstag den 9. Januar werden die Hausfrauen unserer Stadt Gelegenheit haben, eine sehr anregende Stunde zu verleben. Sie werden einen Film sehen, der den Titel führt: „Was uns die Kaffeebohne erzählt" und damit Herkunft und Wanderschaft einer der intimsten Freundinnen unseres Lebens endlich einmal kennen lernen. Dieser Film, der zu einem großen Teil in Brasilien hergestellt ist, führt uns in die typische Heimat der Kaffeebohne: in die Heimat des Brasil-Kaffees. Der Beifall, den dieser Film in vielen deutschen Städten schon gefunden hat, gibt die Gewißheit, daß er auch bei uns die gleiche Wirkung hat, die man seiner Heldin mit Recht zuschreibt: „anregend und amüsant zu sein!"

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der Juwelenschatz eines internationalen Diebs

Im Jahr 1926 wurde ein aus Lettland stammender Mann namens Sandowski, der eben aus Amerika eingetroffen, als typhuskrank in ein Berliner Krankenhaus eingeliefert. In seinem Besitz fand man eine Kiste voll Perlen und Juwelen, die beschlagnahmt wurde; es wurde dann durch die Polizei ermittelt, daß Sandowski ein gefährlicher internationaler Juwelendieb war. Die geschädigten Besitzer konnten aber trotz Umfrage der Polizei in Amerika und in andern Ländern nicht festgestellt werden. Sandowski wurde nach seiner Wiederherstellung entlassen, später aber wegen eines Einbruchs in Berlin verhaftet und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. In Amerika hatte er zweimal hohe Zuchthausstrafen erhalten, war aber jedesmal ausgebrochen. Mittlerweile meldete sich ein Fräulein Taylor aus Neuyork in Berlin, und wies nach, daß ihr im Jahr 1926 eine aus 864 Perlen bestehende Kette gestohlen worden sei. Die Kette fand sich tatsächlich in der beschlagnahmten Kiste vor. Sandowski hat sich nun in Deutschland strafbar gemacht, daß er die von ihm aus Amerika mitgebrachten Juwelen nicht verzollt hat. Der Zoll hätte, da Juwelen nach dem Gewicht verzollt werden, 9.70 Mark betragen. Mit der Strafe wegen Zollhinterziehung ist aber stets auch die Einziehung des zu verzollenden Guts verbunden. Das Schöffengericht in Berlin-Wedding, das nun am 3. Januar über die Angelegenheit zu urteilen hatte, erkannte gegen Sandowski wegen Zollhinterziehung auf eine Geldstrafe von 38 Mark und verfügte die Einziehung der Juwelen zugunsten des Deutschen Reichs. Die Zollbehörde ist aber bereit, aus Billigkeitsgründen Frl. Taylor die Perlenkette zurückzugeben, wenn sie einen entsprechenden Antrag an das Justizministerium stellt.

Generalarzt Lauff verunglückt. Der 72jährige Generalarzt a. D. Dr. Ferdinand Lauff in Berlin litt seit längerer Zeit an Ohnmachtsanfällen. Er trat am Samstag vormittag an ein Fenster seiner im zweiten Stock gelegenen Wohnung in der Sybelstraße, um Luft zu schöpfen. Dabei wurde er von einem Ohnmachtsanfall überrascht und stürzte in den Hof hinab, wo er tot aufgefunden wurde.

Die Wagnersängerin Therese Malten, einst der Stern der Dresdener Oper zu deren Glanzzeit, ist im Alter von 74 Jahren gestorben. Ihr Name war eigentlich Müller.

Der englische Thronfolger ist am 2. Januar nach Afrika abgereist, um seine 1929 wegen Erkrankung des Königs unterbrochene Jagdreise fortzusetzen.

Streit in der Friedensgesellschaft. Die deutsche Friedensgesellschaft hat die Führer Rötcher, Hiller und Schneider aus der Gesellschaft ausgeschlossen, weil sie beharrlich behauptet haben, die anderen Führer wie Wilh. Förster u. a. werden für ihre „Friedenspropaganda" mit ihren Angriffen gegen Deutschland von Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei bezahlt.

Die Seuche im Lager Hammerstein hat unter den deutsch-russischen Flüchtlingskindern bis jetzt 52 Todesopfer gefordert; die weiter erkrankten Kinder hofft man größtenteils am Leben erhalten zu können. Auf Schutzimpfung trat bei vielen eine Besserung ein. Der Zustand der 40 Kranken im Prenzlauer Lager ist befriedigend. Die zweifellos aus Rußland eingeschleppte Seuche ist wegen der zahlreichen Geschwüre, die sie hervorruft, außerordentlich schmerzhaft. Die Flüchtlinge bekunden rührende Dankbarkeit gegen Deutschland und sprechen mit Abscheu von Rußland. Die Mennoniten in Kanada veranstalten Sammlungen, um ihren Glaubensbrüdern die Ueberfahrt zu ermöglichen und Siedlungsgelegenheit zu schaffen.

Für die schwedischen Auswanderer, die vor den Deutschen Sowjetrußland verlassen haben, hat die kanadische Regeirung für 62 Familien für Reise und Niederlassung 150 000 Dollar zur Verfügung gestellt.

Papageienkrankheit. Auch in München sollen mehrere Fälle der Psittakosis, die zum Teil bis in den November zurückgehen, vorgekommen sein. Eine Frau ist gestorben. Desgleichen werden aus Prag und einigen anderen Städten derartige Fälle gemeldet. — Es ist auffallend, daß diese Krankheit jetzt auf einmal so stark auftreten soll.

Unterschlagungen. Der Rechtsanwalt Dornieder in Essen ist mit seinem Bruder, der bei ihm als Bürovorsteher tätig war, nach Unterschalgung von mehreren tausend Mark Mündelgeldern sowie unter Hinterlassung von etlichen tausend Mark Schulden flüchtig.

Eine norwegische Mission in China niedergebrannt. Die norwegische Missionsstelle in Nankow ist von etwa 3000 fahnenflüchtigen chinesischen Soldaten niedergebrannt und geplündert worden, nachdem sie drei Tage lang belagert worden war. Im Kampf mit den Einwohnern des Orts wurden etwa 200 Plünderer getötet. Die Missionare sind unverletzt geblieben.

Die Neugliederung der Reichsmarine. Die „Deutsche Tageszeitung" veröffentlicht eine Mitteilung des Reichswehrministeriums, in der es heißt: Mit dem 1. Januar 1930 ist der Vizeadmiral Olskap, Flottenchef, zugleich Führer der Linienschiffsdivision, von der Stellung als Führer der Linienschiffsdivision enthoben, der Vizeadmiral Franz, Befehlshaber der Seestreitkräfte der Nordsee, zugleich zweiter Admiral der Linienschiffsdivision zum Befehlshaber der Linienschiffe und der Konteradmiral Gladisch, Befehlshaber der Seestreitkräfte der Ostsee, zugleich des Verbands der Aufklärungsstreitkräfte, zum Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte ernannt worden.

Ein Kraftomnibus vom Eisenbahnzug erfaßt. Bei Wooster im Staat Ohio überrannte der Pensylvania-Expreß bei einem Bahnübergang einen vollbesetzten Kraftomnibus. Der Omnibus wurde 100 Meter weit fortgeschleudert. Bei dem Unglück kamen 9 Schüler ums Leben, eine größere Anzahl wurde schwer verletzt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Handel und Verkehr

Ergebnis der Viehzählung vom 2. Dezember

Die Viehzählung vom 2. Dezember 1929 hatte in Württemberg laut Mitteilungen des Württ. Stat. Landesamts folgendes vorläufiges Ergebnis: Der Pferdebestand ist von 108 704 am 1. Dezember 1928 auf 107 534 zurückgegangen. Damit hat sich der langsame Rückgang abermals fortgesetzt. Er steht nicht ganz außer Zusammenhang mit dem gesteigerten Kraftwagenbetrieb. Die Zahl der Esel, Maultiere und Maulesel ist von 334 auf 339 gestiegen.

Der Rindviehbestand ist von 1 057 112 auf 1 055 158 = 0,76 v. H. gestiegen, während er von 1927 auf 1928 von 1 066 580 auf 1 057 112 Stück zurückgegangen war. Der Stand vom Jahr 1927, der der höchste seit Kriegsende war, ist also nunmehr annähernd wieder erreicht, wogegen sich im Vergleich zu dem seither überhaupt höchsten Bestand vom 1. Dezember 1914 mit 1 158 897 Stück immer noch ein Wenigerbestand von 93 739 Stück = 8, 1 v. H. ergibt. Die jetzige Wiederzunahme ist dem guten Futterertrag des Jahrs 1929 zu verdanken. Der Bestand an dem für die Milchgewinnung in Betracht kommenden Rindvieh ist dabei von 559 976 auf 564 065 Stück gestiegen.

Die Zahl der Schafe ist von 171 001 auf 180 423, also um 5,5 v. H., gestiegen. Ob diese Vermehrung au feine tatsächliche Zunahme der Schafhaltung und Schafzucht zurückzuführen ist, ist nicht sicher. Da am 2. Dezember noch verhältnismäßig sehr milde Witterung herrschte, ist anzunehmen, daß manche Schafherden, statt ihre Winterquartiere außerhalb des Lands (namentlich Pfalz) aufzusuchen, noch im Land weilten, so daß die Zunahme des Schafbestands damit im Zusammenhang bestehen kann.

Der Schweinebestand, der von 1927 auf 1928 von 567 046 auf 504 392 und nach der Schweinezwischenzählung vom 1. Juli 1929 auf 447 859 Stück zurückgegangen war, jedoch bereits bei der Schweinezwischenzählung vom 2. September 1929 wieder beträchtlich (auf 519 709 Stück) angewachsen war, ist nach der Zählung vom 2. Dezember 1929 auf 547 673 Stück gestiegen. Das ergibt gegen den Stand vom 1. Dezember 1928 eine Zunahme um 43 281 Stück = 8,6 v. H. Der Stand vom 1. Dezember 1927 mit 567 046 ist noch nicht wieder erreicht, und gegenüber dem Höchstbestand vom 1. Dezember 1913 mit 583 672 ergibt sich immer noch ein Wenigerbestand um 35 999 Stück. Die neuerliche Zunahme wird in erster Linie auf die sehr gute Kartoffelernte, dann auch auf die günstige Marktkonjunktur in Schweinen zurückzuführen sein.

Die Zahl der Ziegen ist von 89 921 auf 79 394 Stück zurückgegangen. Da es an Kuhmilch nicht fehlt, lohnt sich die Ziegenhaltung, besonders in den Kreisen der Nichtlandwirte, nicht mehr.

Der Geflügelbestand, der seit dem Krieg ständig zunimmt, ist von 3 682 969 auf 4 065 132, also um 10,3 v. H. gestiegen. Dabei betrug die Zahl der Gänse 225 889, der Enten 163 671, der Hühner 3 675 572. Sie haben den Hauptanteil an der Zunahme. Die Zahl der Bienenstöcke, vom Verlauf der Witterung sehr abhängig und deshalb stark wechselnd, ist von 114 748 auf 128 808 (um 12,3 v. H.) gestiegen, wohl deshalb, weil das Jahr 1929 ein gutes Honigjahr war.

Württ. Schuldenstatistik

Nach der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Statistik der Schulden von Reich, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden bezifferten sich am 31. März 1928 die Gesamtschulden des Reichs auf 7121,7 Millionen, deren 15 Länder auf 1297,6 Mill., der 3 Hansastädte auf 395,5 Mill., der Gemeinden auf 5037,9 Mill. und der Gemeindeverbände auf 736,8 Millionen. Der Anteil Württembergs an dieser Gesamtschuldenlast von 14 589,5 Mill. ist gering. Er beträgt nur 230,4 Mill. oder 1,6 v. H., während der Bevölkerungsanteil Württembergs an der Reichsbevölkerung 4,1 v. H ausmacht.

Von den 230,4 Mill. entfallen auf das Land Württemberg 26,2 Mill., auf die Gemeinden und Gemeindeverbände (Amtskörperschaften) 204,2 Mill. Verglichen mit der Schuldenlast aller 18 deutschen Länder erscheint diejenige Württembergs verschwindend klein, umso kleiner, als der Schuldenstand der Nachbarländer weit höhere Beträge aufweist (Baden 102,9, Bayern 380,9 Mill.). Auch bezüglich der kommunalen Schulden ist Baden stärker belastet (287,1 gegen 204,2), dagegen hat das dreimal größere Bayern nur 536 Mill. Auf den Kopf der Reichsbevölkerung von 1925 treffen 94,99 RM. Kommunalschulden, 117,15 RM. Reichs- und 27,85 RM. Länderschulden. In Württemberg kommen auf den Kopf der Bevölkerung nur 10,15 RM. Landes- und 78 14 RM. Kommunalschulden.

Die württ. Landesschuld von 26,2 Mill. besteht lediglich aus kurzfristigen Schuldverbindlichkeiten, in der Hauptsache aus 20 Mill. 6½prozentigen Schatzanweisungen. Die Schulden der württ. Gemeinden und Gemeindeverbände bestehen zum überwiegenden Teil aus lang- bezw. kurzfristigen Inlandsschulden. Von den 204,2 Mill. Kommunalschulden gehören 127,8 Millionen zu dieser Gattung. Von den 1944 Gemeinden und Amtskörperschaften Württembergs waren 751, also annähernd ⅔ schuldenfrei.

Mit einer Auslandsschuld ist Württemberg nicht belastet.

Umsatz und Lagerhaltung im Einzelhandel

Auf Grund der Erhebungen des Statistischen Reichsamts und umfassender Umfragen veröffentlicht das Institut für Konjunkturforschung eingehende Untersuchungen über die **Entwicklung des Einzelhandels seit 1924**, denen wir folgendes entnehmen.

Die **Umsatzentwicklung** stand im Jahr 1925 im Zeichen des strukturellen Wiederaufbaus und des konjunkturellen Aufschwungs nach den Verwüstungen der Inflation. 1926 zeigt sich ein Auseinanderfallen der Bewegungen. Im Aufschwungsjahr 1927 und 1928 war eine mengenmäßige Steigerung der Umsätze um durchschnittlich 10 v. H. zu verzeichnen. **Wertmäßig** betrugen die Umsätze in runden Zahlen insgesamt: 1924 26 Milliarden, 1925 31 Milliarden, 1926 31 Milliarden, 1927 34 Milliarden, 1928 etwa 35 Milliarden RM.

Auf die einzelnen Gruppen berechnet, ergeben die Umsätze des Einzelhandels in Millionen Mark folgende Zahlen:

	1924	1925	1926	1927
Lebensmittel	6729	8199	8834	9647
Genußmittel	1783	1932	1911	2027
Bekleidung	6554	7616	7042	7639
Hausrat und Wohnbedarf	1879	2429	2244	2848
Kultur- und Luxusbedarf	2206	2630	2402	2723
Drogen, Seif. u. pharm. Artikel	815	1057	1100	1168
Kohlen	995	1000	1180	1300
Gemischtwarenhandel (Warenhäuser und Handel mit Waren aller Art)	2097	2525	2662	2913
Trödel-, Hausier- und Straßenhandel	1882	2071	2153	2261
Konsumvereine	704	845	930	1078

Die Lagerhaltung stand im Jahr 1924 im Zeichen des Wiederaufbaus der durch die Inflation geräumten Lagerbestände. Die Steigerung schwankt zwischen 10 und 200 v. H., im gewogenen Durchschnitt rund 50 v. H. Im Jahr 1925 ergibt sich eine Steigerung der Lagerhaltung um etwa 13 v. H., 1927 um 14 v. H. Für 1928 lassen sich bis jetzt nur Andeutungen machen; in diesem Jahr wirken sich auch die Bestrebungen zur Rationalisierung der Lagerhaltung, besonders bei den Warenhäusern, aus.

Die Umschlaghäufigkeit des Warenlagers ist folgende: Insgesamt wird das Lager des Einzelhandels bei den untersuchten Gruppen im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1927 etwa 4½mal umgeschlagen (beim eigentlichen Fachhandel ergibt sich ein etwas geringerer Umschlag). Hierbei ist zu berücksichtigen, daß, um den effektiven Kapitalumschlag zu ermitteln, die Handelsspanne vom Umschlag abzusetzen ist. Nimmt man den Handelsaufschlag mit 30 v. H. des Preises an, so würde sich für den Einzelhandel im Durchschnitt ein etwa dreimaliger Umschlag des Lagerkapitals ergeben. Den höchsten Umschlag zeigt, abgesehen von den Konsumvereinen, der Einzelhandel mit Lebensmitteln, der einen etwa neunmaligen Umschlag erreicht. Am geringsten ist die Umschlagshäufigkeit im Bekleidungshandel, im Handel mit Hausrat und Wohnbedarf und im Handel mit Kultur- und Luxusbedarf. Die Umschlagshäufigkeit der Warenhäuser entspricht etwa dem Durchschnitt für den gesamten Einzelhandel, also etwa dreimal.

Vom Holzmarkt

Das Angebot an Rundholz neuer Fällung ist langsam im Zunehmen begriffen. Die Zahl der Verkäufe mehrt sich, wenn auch bisher größere Umsätze nur vereinzelt getätigt worden sind. Die Marktlage ist immer noch wenig geklärt. Die Holzkäufer legen lt. Mitteilung des Waldbesitzerverbands fast überall eine abwartende Zurückhaltung an den Tag, obgleich feststeht, daß nirgends mehr auf den Werken größere Vorräte an Rundholz vorhanden sind. Die Preisnennungen der Holzkäufer waren bisher äußerst vorsichtig, was zum Teil auf die verworrene Gesamtlage, zu einem erheblichen Teil aber auch auf die Einflüsse einer zentralen Einkaufsleitung zurückzuführen sein dürfte. Angesichts dieser Umstände erscheint eine vorsichtige Einteilung des Angebots und ein gemeinsames Handeln des Waldbesitzes dringend notwendig. In Nadelstammholz wurden in den letzten Wochen zunächst in Oberschwaben größere Verkäufe — meist Vorabschlüsse — getätigt. Im Gegensatz zur Verkaufsperiode 1928/29 waren bei diesen Erstverkäufen Starkhölzer verhältnismäßig mehr begehrt als ausgesprochenes Schwachholz. Die Erlöse lagen im großen Rahmen zwischen etwa 90 und 100 Prozent, durchschnittlich bei etwa 95 Proz. der Landesgrundpreise. Aus dem Schwarzwald wurden bisher nur ganz vereinzelte Verkaufsergebnisse über Nadelstammholz neuer Fällung gemeldet, mit Erlösen meist um 100 Proz. der Landesgrundpreise. Die Gebote für altes Holz lagen um 10 Proz. niedriger. Im Mittel-, Nordost- und Unterland bewegten sich die wenigen Verkaufsergebnisse der letzten Wochen je nach Beschaffenheit und Abfuhrlage der Hölzer zwischen 95 und 105 Proz. der Landesgrundpreise. Die ersten Verkaufsmeldungen aus Hohenzollern ließen eine besondere Zurückhaltung der Holzkäufer erkennen. Es wird vielfach versucht, mit Geboten zwischen 80 und 85 Proz. anzukommen. Der Papierholzmarkt ist bis jetzt aufnahmefähig. Die meisten Abschlüsse sind auf einer Preisgrundlage zwischen 105 und 109 Proz. der Landesgrundpreise erfolgt, je nach Klassenverteilung, Beifuhrkosten und Zahlungsbedingungen. Der Laubholzmarkt ist bis jetzt noch wenig entwickelt. Die ersten Erlöse weisen eine auffallend weite Spanne auf.

Berliner Dollarkurs, 4. Jan. 4,1845 G., 4,1925 B.
Dt. Abl.-Anl. 49.90.
Dt. Abl.-Anl. ohne Ausl. 6.80.

Berliner Geldmarkt, 4. Jan. Tagesgeld 6,5—8,5, Monatsgeld 9—10 v. H.

Reichsbankdiskont 7. Lombard 8 v. H.

Privatdiskont 6,875 v. H.

Der Beginn der österreichisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen mußte infolge der Haager Konferenz auf kurze Zeit verschoben werden, da ein Teil der beiderseitigen Unterhändler auch im Haag anwesend sein muß und infolgedessen nicht zu dem ursprünglich vereinbarten Termin, dem 7. Januar, die österreichisch-deutschen Verhandlungen aufnehmen kann.

Zollermäßigung in Polen für Industrieanlagen. Das polnische Industrie- und Handelsministerium hat im Einverständnis mit dem Finanzministerium eine Ermäßigung von 35 v. H. des Normalzolls für vom Ausland eingeführte vollständige Einrichtungen für Industrieanlagen eingeführt, die zu einer Vergrößerung der Erzeugung führen können, sofern diese Maschinen und Apparate im Lande nicht hergestellt werden.

50 polnische Städte bankrott. 50 polnische Städte, meistens in Posen und im westlichen Kongreßpolen gelegen, haben Konkurs angemeldet. Die polnische Staatsbank wird eine Sanierungsaktion in die Wege leiten.

Ermäßigung der süddeutschen Zinkblechpreise. Die süddeutsche Zinkblechhändlervereinigung Sitz Frankfurt a. M. hat ihre Preise mit Wirkung vom 3. Januar um 2 Prozent ermäßigt; nachdem am 3. Dezember in Ermäßigung um 1 Prozent vorgenommen worden sind.

Arglistige Täuschung. Wenn ein Gläubiger unter Verschweigen des Umstands, daß eine Schuld bereits verjährt ist, den Schuldner bewegt, die Schuld nochmals anzuerkennen, so ist nach einer Entscheidung des Reichsgerichts dieses Anerkenntnis wegen arglistiger Täuschung nichtig.

*

Fahrpreisermäßigung im Nordamerikaverkehr. Der Nordd. Lloyd teilt uns mit, daß mit sofortiger Wirkung die Mindestfahrpreise in der Kajütklasse und in der 2. Klasse um 5—10 Dollar herabgesetzt worden sind. Ferner sind für Geschäftsreisende und Touristen erhöhte Rundreiseermäßigungen eingetreten. Die vor einigen Jahren eingeführte 3. Kajüte für Touristen hat bei den Ueberseereisenden so großen Anklang gefunden, daß auch für diese Schiffsklasse die Fahrpreise in vorteilhafter Weise neu reguliert werden konnten.

*

Stuttgarter Börse, 4. Jan. Die Börse verkehrte heute in ruhiger lustloser Haltung; Veränderungen sind kaum zu beobachten. Rentenwerte gehalten.
Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Berliner Getreidepreise, 4. Jan. Weizen märk. 25 10—25,30, Roggen 16.65—16.85, Gerste 18.70—20.30, Futter- und Industriegerste 16.50—17.50, Hafer 14.70—15.70, Mais rum. 15.90 bis 16.20, Mais La Plata 17.70—18, Weizenmehl 29.75—35,50, Roggenmehl 23—26.75, Weizenkleie 11—11.15, Roggenkleie 9.50—9.90.

Bremen, 4. Jan. Baumw. Middl. Univ. Stand. loko 18.82.

Berliner Metallmarkt, 4. Jan. Elektrolytkupfer prompt cif Hamburg, Bremen, Rotterdam 170,50.

Württ. Edelmetallpreise, 4. Jan. Feinsilber Grundpreis: 64.80, Feinsilber in Körnern: 63.80 G., 64.80 B., Feingold: 2800 G., 2814 B., Ausfuhr-Platin: 7.— G., 8.— B.

Märkte

Stuttgarter Obst- und Gemüsegroßmarkt, 4. Jan. Tafeläpfel 10—18, Tafelbirnen 14—20, Walnüsse 35—50, Kartoffeln 2,7—3,2, Endiviensalat 6—18, Wirsing (Köhlkraut) 6—8, Filderkraut 6—7, Weißkraut, rund 7—8, Rotkraut 10—12, Blumenkohl 1 Stück 20—70, Rosenkohl 15—25, dto. 20—25, Grünkohl 10—12, rote Rüben 6—8, gelbe Rüben 5—6, Karotten runde 1 Bund 20—25, Zwiebel 6—8, Rettiche 5—10, Monatsrettiche 1 Bund 15—20, Sellerie 1 Stück 10—30, Schwarzwurzeln 30—35, Spinat 20—30, weiße Rüben 4—5.

Devisenkurse in Reichsmark

Berlin		4. Januar Geld	4. Januar Brief	3. Januar Geld	3. Januar Brief
Holland	100 Gulden	168,81	169,15	168,88	169,22
Belgien	100 Belga	58,46	58,15	58,495	58,615
Norwegen	100 Kr.	112,07	112,29	112,11	112,34
Dänemark	100 Kr.	112,14	112,36	112,16	112,38
Schweden	100 Kr.	112,48	112,70	112,54	112,76
Italien	100 Lira	21,90	21,94	21,905	21,945
London	1 Pfd Sterl.	20,407	20,447	20,415	20,455
Neuyork	1 Dollar	4,1845	4,1925	4,187	4,195
Paris	100 Fr.	16,465	16,505	16,465	16,505
Schweiz	100 Fr.	81,185	81,345	81,21	81,37
Spanien	100 Peseta	55,44	55,56	55,79	55,91
D.-Oesterr.	100 Schill.	58,89	59,01	58,91	59,03
Prag	100 Kr.	12,381	12,401	12,389	12,409
Ungarn	100 Pengö	73,25	73,39	73,27	73,41
Argentinien	1 Peso	1,700	1,704	1,695	1,699
Tokio	1 Yen	2,054	2,058	2,054	2,058
Danzig	100 D. Guld.	81,61	81,77	81,63	81,79

Kostüm-Fabrik
für Theater Carneval Film
Adolf Geiser, Stuttgart
Holzstr. 8, Telephon 25311
Mietet in 6 Stockwerken ein Riesenlager von Kostümen, Uniformen etc. für alle nur denkbaren Zwecke. Führendes Haus. Alles leihweise

Stadtgemeinde Wildbad.

Einzug der Umsatz- und Einkommensteuer-Vorauszahlungen

für das IV. Vierteljahr 1929 und der Kath. Kirchensteuer **vom Donnerstag den 9. ds. Mts. bis Mittwoch den 15. ds. Mts.** Rathaus Zimmer Nr. 4.

Stadtschultheißenamt.

Städt. Frauenarbeitsschule Wildbad.

Kursbeginn:

Für den **Tagesunterricht** Mittwoch den 8. Januar 1930, vormittags 8 Uhr.
Für den **Nachmittagsunterricht** Mittwoch den 8. Januar 1930, nachmittags 2 Uhr.
Für den **Abendunterricht** Donnerstag den 9 Januar 1930, abends 7 Uhr.

Anmeldungen

für den Nachmittagskurs im Kleidernähen, sowie für den Abendkurs im Wäsche- und Kleidernähen werden noch entgegen genommen.

Die Schulleitung.

Herzlichen Dank

den edlen Spendern von Ehrengaben, den Mitwirkenden sowie all denen, die uns bei unserer Weihnachtsfeier besucht haben.

Radfahrerverein „Schwarzwald" Wildbad.

Eisenbahner-Obmannschaft Wildbad

Am Sonntag den 12. Januar 1930, nachm. 2 Uhr findet in der Städt. Turn- und Festhalle unsere

Weihnachtsfeier

statt, wozu wir die hiesige Einwohnerschaft und Freunde höflichst einladen.
Ein nur gutes Programm wird gewährleistet.
Saalöffnung 1.30 Uhr. — Anfang 2 Uhr. Eintritt 50 Pfg.

Der Verein bittet, im Interesse angenehmer Platzverhältnisse für die Erwachsenen, die Kinderzahl zu beschränken.

Von abends 7 Uhr ab Tanz.
Tanzkarten für Nichtmitglieder zu 50 Pfg. an der Kasse erhältlich.

Uns zugedachte Gaben nimmt entgegen: Schaffner W. Rothfuß am Bahnhof und Sonntag vormittag in der Turnhalle.

Der Ausschuß.

Schreibmaschinen
nebst Zubehör kaufen Sie billigst bei
GESCHW. FLUM
Buch- und Papierhandlung.

Evg. Kirchenchor
Heute abend 8.15 Uhr
Singen.

Bücher

Zeitschriften aller Art, Modezeitschriften
die Ihnen von anderer Seite, in Prospekten und Inseraten oder in den verlockendsten Worten von Reisenden angeboten, ja oft aufgenötigt werden, können Sie
von der Buchhandlung Geschw. Flum in Wildbad
genau so billig und zu gleichen Bedingungen
kaufen. Wir unterhalten ein reichhaltiges Lager; etwa nicht Vorrätiges besorgen wir Ihnen schnellstens und ohne Mehrkosten. Ansichtssendungen bereitwilligst.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw